



Presseschau vom 04.08.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

Natalja Dembinskaja: „Für sehr viele US-Bürger wird es ernst“ – Wirtschaft der USA fällt um Jahre zurück

Ein Minus von 33 Prozent im ersten Halbjahr dieses Jahres ist ein Einbruch, wie die amerikanische Wirtschaft ihn in dieser Intensität noch nie durchgemacht hat. Experten sprechen von tiefster Rezession, die sich trotz der staatlichen Hilfsbillionen eingestellt hat. ... <https://sptnkne.ws/DmMp>

deutsch.rt.com: Ecuador: Wahlgericht kippt Verbot von Ex-Präsident Correas Bewegung

Ein Richter der ecuadorianischen Wahlgerichtsbarkeit hob die Entscheidung des Nationalen Wahlrats auf, die vom ehemaligen ecuadorianischen Präsidenten Rafael Correa angeführte Bewegung Fuerza Compromiso Social (FSC) von den Wahlen auszuschließen. ... <https://de.rt.com/2940>

abends/nachts:

de.sputniknews.com: Moskau: Werden auf Stationierung von US-Raketen in Europa und Asien umgehend reagieren

Moskau wird laut dem russischen Außenministerium auf eine Stationierung von nuklearen und konventionellen Raketen durch die USA in dieser oder jener Region, darunter auch in

Europa und Asien, unverzüglich reagieren.

Wie aus einer Mitteilung des Ministeriums anlässlich des zweiten Jahrestages des einseitigen Ausstiegs der USA aus dem INF-Vertrag hervorgeht, hat das US-Vorgehen dazu geführt, dass „es einfach keine Einschränkungen mehr für bodengestützte Raketen mittlerer und geringer Reichweite gibt“.

Indes seien die Gefahren für die globale Sicherheit und Stabilität mehrmals gewachsen.

„Gleich nach der Kündigung des Vertrages hat Washington Kurs auf einen möglichst schnellen Abschluss der Entwicklung der früher im INF-Vertrag verbotenen Raketenmittel eingeschlagen. Es wurden ihre Feldtests vorgenommen, die die Begründetheit der langjährigen russischen Vorwürfe hinsichtlich der Einhaltung des Vertrages durch Washington voll und ganz bestätigten“, heißt es.

Zudem habe Washington öffentlich die Absicht bekundet, perspektivische Raketenwaffen baldmöglichst, vor allem im asiatisch-pazifischen Raum, zu stationieren. Ihr Erscheinen in Europa sei auch nicht ausgeschlossen.

„Es ist offensichtlich, dass die Stationierung der US-amerikanischen bodengestützten Raketen mittlerer und geringer Reichweite in verschiedenen Weltteilen ernsthaft die regionale und globale Sicherheit gefährden sowie eine neue, gefährliche Spirale des Wettrüstens provozieren wird. Russland kann das Auftreten der zusätzlichen Raketenrisiken für sein Territorium nicht ignorieren, die für uns strategischen Charakter haben werden. Dies erfordert eine sofortige Reaktion, wobei unabhängig davon, über welche Ausrüstung die US-amerikanischen Raketen – nukleare oder konventionelle – verfügen werden“, heißt es.

Außerkräfttreten des INF-Vertrags

Der bilaterale Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme lief am 2. August 2019 aus. Das Dokument war von der Sowjetunion und den USA im Jahr 1987 unterzeichnet worden. Die Seiten verpflichteten sich, sämtliche landgestützte ballistischen Raketen und Marschflugkörper mit kürzerer und mittlerer Reichweite (500 bis 5500 Kilometer) zu vernichten und keine neuen zu bauen.

US-Präsident Donald Trump kündigte Anfang 2019 den Rückzug aus dem Abrüstungsvertrag an. Er behauptete, Moskau halte sich nicht an seine Verpflichtungen aus dem Vertrag, führte jedoch keine Beweise dafür an.

Wie der russische Außenminister Sergej Lawrow dazu äußerte, hat Moskau ernste Fragen hinsichtlich der Einhaltung des INF-Vertrags durch die Amerikaner selbst.

Russland verkündete im Februar 2019 die Aussetzung seiner Verpflichtungen aus dem INF-Vertrag als Antwort auf das Vorgehen der USA. Im Juli unterzeichnete der russische Präsident Wladimir Putin das Gesetz über die Aussetzung des INF-Vertrags.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/32111/19/321111962_0:192:2048:1300_1000x0_80_0_1_03ab2628db2962043d66cfd47527316b.jpg

armiyadnr.su: Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am

3. August 2020

Wie zu erwarten war, haben die Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte heute trotz der von der ukrainischen Seite angenommenen Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung wieder grob den ausgerufenen Waffenstillstand verletzt.

So wurde heute von den Positionen des 24. nationalistischen Bataillons „Ajdar“ der 53. Brigade im Gebiet von Starognatowka **Nowolaspa** mit einem automatischen Granatwerfer beschossen.

Außerdem haben heute Kämpfer der 35. Brigade **Sajzewo (jushnoje)** mit Schusswaffen beschossen.

Diese groben Verletzungen des Regimes der vollständigen Feuereinstellung demonstrieren deutlich die Unfähigkeit der Kommandeure der 53. mechanisierten Brigade Titenko und der 35. Marineinfanteriebrigade Palas, ihre Kämpfer, die das Image der Führung der Ukraine untergraben, zu kontrollieren.

Außerdem haben die ukrainischen Verbrecher, die den Befehl zur Eröffnung des Feuers erteilt haben, deutlich unterstrichen, dass die reale Macht in der Ukraine hinter der von Poroschenko geschaffenen Militärjunta steht und die Anweisungen ihres obersten Kommandeurs W. Selenskij für sie keine Bedeutung haben.

Wir fordern von der ukrainischen Seite, ihre Verpflichtungen zur Verstärkung und der Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung, die von den Mitgliedern der Kontaktgruppe vereinbart und unterzeichnet worden sind und die durch einen entsprechenden Befehl des ukrainischen Kommandos befestigt worden sind, einzuhalten.

Wir erklären ein weiteres Mal, dass die Volksmiliz der DVR im Fall einer Aggression von Seiten des Gegners bei Erhalt eines entsprechenden Befehls bereit zu adäquaten Maßnahmen zur Verteidigung der Republik ist.

de.sputniknews.com: **Pentagon: USA werden ihr Kontingent in Polen um 1000 Mann verstärken**

Die USA und Polen haben sich bei ihren Verhandlungen laut Pentagon-Chef Mark Esper darauf geeinigt, das US-Kontingent in dem osteuropäischen Land zu verstärken.

„Die USA und Polen schlossen die Gespräche über ihre erweiterte Verteidigungskooperation (EDCA/Enhanced Defense Cooperation Agreement) ab. Diese Vereinbarung wird es ermöglichen, eine ständige Präsenz für zusätzliche rund 1000 Militärs in Polen zu sichern“, sagte Esper am Montag in Washington.

Er erinnerte daran, dass sich in Polen bereits 4500 US-Soldaten auf Rotationsgrundlage aufhalten würden.

„Das Abkommen wird zur Abschreckung Russlands und zur Festigung der Nato beitragen“, betonte der Pentagon-Chef.

Russland erwägt angemessene Antwort

Der Vize-Vorsitzende des Verteidigungsausschusses der russischen Staatsduma, Juri Schwytkin, sagte in einer Stellungnahme dazu, dass die militärische Expansion der USA in Polen ausschließlich politische Ziele verfolge.

„1000 Mann sind etwa ein Regiment, das selbstverständlich keine entscheidende Rolle spielen wird. Aber je mehr Nato-Soldaten in Europa, desto weniger Sicherheit auf dem Kontinent...“

Das zwingt uns dazu, unsere Sicherheit in diese Richtung noch mehr zu erhöhen. Der Westen spornt Russland selbst an, das Potenzial in diese Richtung aufzustocken. Natürlich hat Russland ausreichend Ressourcen (für die Gewährleistung der Sicherheit). Zugleich beantworten wir die Herausforderungen des Westens immer angemessen.“

Dem Experten zufolge denken die Führung Polens und einiger anderer europäischer Länder gar nicht über die Perspektiven und über die Zukunft des Armeekontingents nach. „Die Aufstockung des Militärpersonals und das Säbelrasseln können nichts Gutes zur Folge“

haben“, betonte Schwytkin.



https://cdn.de1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/03/327627592_0:66:2951:1663_1000x0_80_0_1_d4d52ea6da4ea3b56c7dac4ad86692c3.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der DVR im GZKK: **Die Arbeit des Koordinationsmechanismus wird von der ukrainischen Seite blockiert**

Trotz eines gewissen Fortschritts, der nach der außerplanmäßigen Sitzung der Arbeitsgruppe zur Fragen der Sicherheit am 28. Juli zu beobachten war, als die Seiten Kontaktpersonen austauschten, die bevollmächtigt sind, in der Rolle von Teilnehmern des Koordinationsmechanismus aufzutreten, und ein Schema für die Zusammenarbeit vereinbarten, blockiert die ukrainische Seite die Realisierung des Mechanismus in der Praxis. Den zweiten Tag hintereinander haben wir Versuche unternommen, uns mit der ukrainischen Seite im GZKK über die zuvor zur Verfügung gestellten Nummern in Verbindung zu setzen, um Provokationen zu verhindern und ein nachhaltiges Regime der Ruhe einzurichten, aber alle Mitteilungen und Anrufe werden ignoriert.

Wir rufen die ukrainische Seite auf, die operative Verbindung und Zusammenarbeit wieder aufzunehmen, weil das Fehlen davon zu unkorrigierbaren Folgen führen kann, darunter auch einer Wiederaufnahme der Eskalation.

Wir sind davon überzeugt, dass es dank gemeinsamer Anstrengungen gelingen kann, ein nachhaltiges Regime der Ruhe entlang der gesamten Kontaktlinie zu bewahren.

de.sputniknews.com: **Trumps Berater: China kann US-Kinder über TikTok ausspionieren**

Chinas Kommunisten können laut dem US-Handelsberater Peter Navarro die amerikanischen Kinder über die internationale Videoplattform TikTok ausspionieren.

„Ich weiß, dass TikTok lustig ist. Aber ist es auch gefährlich? Das ist die Frage“, sagte Navarro gegenüber der Sender Fox News.

„Es ist fast zehn Uhr morgens. Weiß die Kommunistische Partei Chinas, wo Ihre Kinder sind? Die Antwort könnte ‚Ja‘ sein“, sagte Navarro.

Er äußerte sich auch skeptisch zu dem möglichen Kauf von TikTok durch das amerikanische Unternehmen Microsoft. Ihm zufolge arbeitet Microsoft selbst in China, und dies könnte „Fragen aufwerfen“.

Am Samstag hatte die Zeitung „The New York Times“ unter Berufung auf Quellen berichtet, dass Microsoft mit ByteDance die Übernahme von TikTok verhandelt. Später äußerte US-Präsident Donald Trump, er plane, TikTok in den USA aus Sicherheitsgründen zu verbieten. Laut Bloomberg sollen neben Microsoft mindestens ein weiteres Großunternehmen sowie Investoren daran interessiert sein, einen TikTok-Anteil von der chinesischen Firma zu erwerben.

TikTok ist eine international erfolgreiche Videoplattform, die in 65 Sprachen auf 175 Märkten

angeboten wird. Nutzer können dort selbsterstellte Clips hochladen oder die von anderen ansehen. In Festland-China gibt es nur die zensierte Version Douyin. Tiktok versichert, es gehe der Plattform um kreative Inhalte, bei der „Privatsphäre und Sicherheit“ geschützt würden. Chinas Regierung habe keinen Zugriff auf Nutzerdaten und habe dies auch nie verlangt. Die Nutzerdaten würden in den USA gespeichert und verarbeitet.

In den USA hat Tiktok nach eigenen Angaben 100 Millionen Nutzer und ist damit ein äußerst attraktives Übernahmeziel. Microsoft könnte aus dem politischen Gerangel um die App somit als lachender Dritter hervorgehen - der Softwarekonzern hat bislang kein eigenes Social-Media-Geschäft. Tiktok verzeichnet rasantes Wachstum und gilt schon länger als angesagteste große Plattform bei jüngeren Leuten. Wie viel Microsoft für Tiktok zahlen müsste, ist bislang unklar. Es dürfte aber um einen zweistelligen Milliardenbetrag gehen.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/02/327613338_0:97:3159:1806_1000x0_80_0_1_c00d90631ed77f573b94c0910f8625bf.jpg

armiyadnr.su: **Dringende Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 3. August 2020**

Trotz der von der ukrainischen Seite angenommenen Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des geltenden unbefristeten Regimes der Feueinstellung nach nach der 53. und 35. Brigade der BFU Kämpfer der 24. Brigade der BFU grob den Waffenstillstand verletzt, indem sie auf Befehl des Kommandeurs Guds unsere Positionen im Gebiet von **Dolomitnoje** beschossen haben.

Durch ihre Handlungen haben die ukrainischen Kriegsverbrecher, die den Befehl zur Eröffnung des Feuers gaben, deutlich unterstrichen, dass die Anweisungen ihres obersten Kommandeurs W. Selenskij für sie keine Bedeutung haben.

Wir erinnern daran, dass entsprechend der Liste von Zusatzmaßnahmen zur Herstellung und Aufrechterhaltung eines Regimes der Feueinstellung die ukrainische Seite in diesem Fall verpflichtet ist, Disziplinarmaßnahmen gegenüber den Verletzern anzuwenden und den Koordinator der dreiseitigen Kontaktgruppe darüber in Kenntnis zu setzen.

Wir fordern von der ukrainische Seite, Willen zu zeigen, Ordnung in die unterstellten Einheiten zu bringen und alle übernommenen Verpflichtungen in Bezug auf die Vereinbarung über einen allumfassenden Waffenstillstand zu erfüllen.

Wir warnen ein weiteres Mal, dass die Volksmiliz der DVR im Fall einer Aggression von Seiten des Gegners bei Erhalt des entsprechenden Befehls zu adäquaten Maßnahmen zur Verteidigung der Republik bereit ist.

de.sputniknews.com: **„Termin festgelegt“: Trump stellt TikTok-Besitzer Ultimatum**

US-Präsident Donald Trump hat vom Besitzer der chinesischen Kurzvideo-Plattform TikTok gefordert, sie bis zum 15. September zu verkaufen.

Wie die Agentur AFP am Montag mitteilte, hat Trump eine 45-tägige Frist eingeräumt, um

den Verkauf der App an Microsoft auszuhandeln.

Die Plattform TikTok werde „aus dem Geschäft aussteigen“, sollte sie nicht durch Microsoft oder ein anderes Unternehmen gekauft werden.

„Wir haben den Termin - den 15. September - festgelegt, zu dem TikTok ihre Tätigkeiten in den Vereinigten Staaten einstellen wird. Wenn aber Microsoft oder jemand anderes sie kaufen sollte, so würde dies interessant sein“, zitierte die Agentur Trump.

Trump hat nach eigenen Worten diese Frage mit dem Softwarekonzern Microsoft besprochen und ihn dazu aufgerufen, das ganze Unternehmen und nicht nur einen Anteil daran zu kaufen.

...

vormittags:

de.sputniknews.com: USA reduzieren „sehr bald“ ihre Militärpräsenz in Afghanistan – Trump

Die Vereinigten Staaten werden laut US-Präsident Donald Trump bald ihre Militärpräsenz in Afghanistan auf 4000 Soldaten herunterfahren, wie er in einem Interview mit dem Webportal Axios, das am Montag (Ortszeit) von dem TV-Sender HBO ausgestrahlt wurde, erläuterte.

„Wir werden sie (die Zahl der Soldaten – Anm. d. Red.) in sehr kurzer Zeit auf 8000 reduzieren, und dann werden wir sie auf 4000 reduzieren. Wir verhandeln gerade“, erklärte Trump.

Wann genau das Militärkontingent reduziert werden soll, präzisierte er nicht. „Sehr bald“, gab Trump lediglich an und weigerte sich, einen konkreten Zeitrahmen zu nennen.

Auf die Frage des Journalisten nach der Anzahl der Truppen in Afghanistan während der Wahlen im November in den USA antwortete Trump, sie werde sich zu dem Zeitpunkt „wahrscheinlich auf 4000 bis 5000“ belaufen.

Zuvor hatte Außenminister Mike Pompeo bekannt gegeben, dass die Vereinigten Staaten planen, ihre Truppen bis Mai 2021 vollständig aus Afghanistan abzuziehen.

Ende Februar unterzeichneten die USA und die radikale afghanische Bewegung „Taliban“ in Katar das erste Friedensabkommen seit mehr als 18 Jahren Krieg, das den Abzug der ausländischen Truppen aus Afghanistan innerhalb von 14 Monaten und die Aufnahme eines innerafghanischen Dialogs nach dem Abschluss des Gefangenenaustauschs vorsieht.

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 3. Augst 3:00 Uhr bis 4. August 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Gesamtzahl der Verletzungen von Seiten der BFU 3.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Sajzewo, Dolomitnoje, Nowolaspa.**

Außerdem wurden die Durchführung von technischen Arbeiten durch den Gegner in der Nähe von Opytnoje und Starognatowka sowie Detonationen auf den Positionen der BFU im Gebiet von Nowotroizkoje, Schumy und in Richtung Oserjanowka – Troizkoje festgestellt.

Beginnend mit 00:01 Uhr am 27. Juli 2020 traten gemäß einer in der Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des seit dem 21. Juli 2019 geltenden unbefristeten Regimes der Feuereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **Polens Premier erklärt, warum Warschau Nord Stream 2 nicht toleriert**

Laut Premierminister Mateusz Morawiecki gibt es in Polen keine harten antirussischen Gefühle, allerdings kann Warschau Projekte wie Nord Stream 2 kaum tolerieren.

Der Regierungschef kritisierte auch das finanzielle Engagement Deutschlands bei der russischen Gaspipeline. Innerhalb der Regierungspartei ist man ihm zufolge unterschiedlicher Meinung, was die Beziehungen zu Deutschland anbetrifft. Einig sei man sich aber darüber, dass Warschau „Nord Stream 2 nicht akzeptiert“.

„Ich glaube nicht, dass in Polen eine harte antirussische Rhetorik herrscht. Jedoch gibt es einige Themen, die wir nicht mögen, zum Beispiel Nord Stream 2“, zitiert das Portal Biznes Alert Morawiecki.

Nach Polens Ansicht werden mit dem in die Gasleitung investierten europäischen Geld russische Waffen finanziert. Außerdem werde es Moskau laut Morawiecki dank diesem Projekt möglich sein, die Ukraine von der Gasversorgung Westeuropas abzuschneiden und dann mit diesem Land tun können, was es wolle.

„Aus diesem Grund sind Nord Stream und Nord Stream 2 für unsere Region so gefährlich und deshalb kritisieren wir Deutschland“, gab der polnische Ministerpräsident zu verstehen.



https://cdn.de.sputniknews.com/img/07e4/08/04/327631468_0:382:3076:2047_1000x080_0_1_9530a167972222df5dcee87293deddd1.jpg

de.sputniknews.com: **China reagiert, wenn alle chinesischen Journalisten USA verlassen müssen**

Der Journalisten-Streit zwischen China und den USA könnte weiter eskalieren: Nach Informationen von Hu Xijin, Chefredakteur der chinesischen Zeitung „Global Times“, will Peking mit spiegelbildlichen Maßnahmen gegen US-Medienleute in Hongkong reagieren, sollten alle chinesischen Journalisten die Vereinigten Staaten verlassen müssen.

„Soweit ich weiß, hat sich die chinesische Seite, nachdem die US-Seite die Visa für chinesische Journalisten nicht verlängert hat, auf das schlimmste Szenario vorbereitet, dass alle chinesischen Journalisten die USA verlassen müssen. Wenn dies der Fall ist, wird die chinesische Seite Vergeltung üben“, schrieb Hu auf Twitter. Nach seinen Angaben könnte die chinesische Antwort insbesondere US-Journalisten in Hongkong treffen.

Die Vereinigten Staaten hatten zuvor gefordert, dass chinesische Staatsmedien die Anzahl ihrer in den USA tätigen Journalisten reduzieren. De facto führte dies zur Ausweisung von 60 chinesischen Medienleuten aus dem Land. Grund war der Streit zwischen beiden Staaten um die Berichterstattung zur Coronavirus-Pandemie.

Im Gegenzug mussten auch mehrere amerikanische Journalisten, die für die „New York Times“, das „Wall Street Journal“ und die „Washington Post“ tätig waren, China verlassen, nachdem ihnen die Behörden ihre Journalistenausweise entzogen hatten.

Darüber hinaus verschärften beide Staaten gegenseitig ihre Anforderungen an Journalisten. So

müssen Korrespondentenbüros nun den Behörden Personalstärke und Finanzlage melden und andere Informationen offenlegen. Probleme der nationalen Minderheiten in China, die Weigerung Pekings, an den Verhandlungen zur Rüstungskontrolle teilzunehmen, und der Handelsstreit belasten das Verhältnis zwischen den beiden Ländern zusätzlich.

Mzdnr.ru: Am 3. August wurden in der DVR 44 neue Fälle von Coronavirusinfektionen festgestellt.

Sechs der neuen Fälle wurden bei Personen entdeckt, die am 20. Juli aus der Ukraine eingereist sind, zehn Fälle bei solchen, die am 27. Juli eingereist sind. Außerdem wurden zwei Fälle von Erkrankungen mit COVID-19 bei Personen entdeckt, die aus der RF eingereist sind. Die anderen neuen Fälle sind Kontaktpersonen zu bereits zuvor Erkrankten, darunter sechs medizinische Beschäftigte. Derzeit ist der Zustand aller Patienten zufriedenstellend, alle erhalten die notwendige medizinische Behandlung.

In den letzten 24 Stunden wurden 18 Patienten nach zwei negativen Tests als gesund entlassen.

Außerdem gab es einen Todesfall – eine Frau im Alter von 84 Jahren.

Am 4. August um 11:00 Uhr sind in der DVR insgesamt 1829 Fälle von Coronavirusinfektionen registriert.

868 Patienten sind derzeit in Behandlung, 854 als gesund entlassen, es gibt 107 Todesfälle.

de.sputniknews.com: Japan wird sich mit „Raketenabwehr innerhalb des gegnerischen Territoriums“ auseinandersetzen

Der Expertenrat der regierenden Liberaldemokratischen Partei Japans wird der Regierung am Dienstag vorschlagen, die Möglichkeit einer „Raketenabwehr innerhalb des gegnerischen Territoriums“ zu prüfen. Darüber berichtet der TV-Sender NHK.

In der ursprünglichen Fassung ging es im Wortlaut um „die Möglichkeit, gegnerische Stützpunkte zur Raketenabwehr anzugreifen“. Später wurde diese Fassung als zu hart eingestuft und aufgegeben.

Die Rollenverteilung zwischen Japan und den Vereinigten Staaten in ihrem bilateralen Bündnis soll allerdings weiter bestehen. Dasselbe gilt für Japans Verzicht auf den Besitz strategischer Waffen. Somit liegt der neue Vorschlag, falls er vom Kabinett verabschiedet und weiterentwickelt werden soll, strikt im Rahmen der Verfassung des Landes, die die Möglichkeit einer militärischen Lösung internationaler Konflikte ablehnt.

Im Juni hatte sich Japan von seinen Plänen zur Stationierung von zwei bodengestützten US-Raketenabwehrsystemen Aegis Ashore losgesagt, die der „Bedrohung“ durch Nordkorea entgegenwirken sollten. Verteidigungsminister Taro Kono äußerte, die Entscheidung sei zum Teil auf das Risiko zurückzuführen, dass Raketentriebwerke auf Wohngebiete fallen könnten. Die Beseitigung des Risikos würde zusätzliche finanzielle Mittel beanspruchen und etwa zehn Jahre dauern.

2017 hatte Japan angesichts nordkoreanischer Starts ballistischer Raketen beschlossen, bis 2023 zwei bodengestützte US-Raketenabwehrsysteme Aegis Ashore in den Präfekturen Akita im Nordwesten Japans und Yamaguchi im Südwesten des Landes zu stationieren. Jedes Raketenabwehrsystem würde Japan 100 Milliarden Yen (umgerechnet etwa 900 Millionen US-Dollar) kosten.



https://cdnde1.img.sputniknews.com/img/07e4/08/04/327630349_0:0:3000:1624_1000x54180_0_0_e27e1373ba121082eadb5487cde9c0fe.jpg

nachmittags:

de.sputniknews.com: **Nordkorea baut laut UN-Bericht „wahrscheinlich“ weiter an Atomwaffen**

Trotz internationaler Sanktionen treibt Nordkorea laut einem unabhängigen Expertenteam sein Atomwaffenprogramm voran und könnte bereits atomare Mini-Sprengköpfe entwickelt haben. Zu dem Schluss kommen Experten in einem vertraulichen UN-Bericht, der der Agentur Reuters vorlag.

Darin heißt es, dass die sechs vergangenen Atomtests Nordkorea wahrscheinlich geholfen hätten, „sehr kleine Nuklearwaffen“ zu entwickeln, „die in die Sprengköpfe ballistischer Raketen passen“.

Die Informationen basieren auf Einschätzung mehrerer nicht näher benannter Staaten.

„Die Demokratische Volksrepublik Korea setzt sein Atomprogramm fort, einschließlich der Produktion von hochangereichertem Uran und dem Bau eines experimentellen Leichtwasserreaktors“, zitiert Reuters aus dem Bericht

Einer der Mitgliedstaaten gehe davon aus, dass Nordkorea eine weitere Verkleinerung der Sprengköpfe anstrebe, so der Bericht, der am Montag dem Komitee des UN-Sicherheitsrats für Sanktionen gegen Nordkorea vorgestellt wurde.

Nordkorea hatte sich 2005 zur Kernwaffenmacht erklärt und führte seitdem mehrere Atomtests durch, auf die der UN-Sicherheitsrat mit Sanktionen reagierte. Seit September 2017 hat Pjöngjang offiziell keinen Atomtest mehr durchgeführt.

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 4. August 2020

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der DVR im GZKK wurden **in den letzten 24 Stunden drei Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten des Gegners festgestellt.

In Richtung Gorlowka haben Kämpfer des 2. Bataillons der 24. Brigade auf Befehl des Verbrechers Guds und des 137. Bataillons der 35. Brigade auf Befehl von Palas mit Schusswaffen in Richtung **Golmowskij** und **Sajzewo** geschossen.

In Richtung Mariupol haben Strafruppen des 1. Bataillons der 53. Brigade, geleitet von den Befehle des Kommandeurs Titenko, mit Granatwerfern auf **Nowolaspa** geschossen.

Neben dem Beschuss verletzten die ukrainischen bewaffneten Formationen den gesamten Komplex von Zusatzmaßnahmen zur Verstärkung und Kontrolle des Regimes der

Feuereinstellung, der von den Vertretern der ukrainischen Seite in der Kontaktgruppe vereinbart und unterzeichnet wurde.

In den letzten 24 Stunden haben unsere Beobachter **sieben Fälle der Durchführung von technischen Arbeiten auf Frontpositionen des Gegners** bemerkt. Unter Nutzung des Regimes der Feuereinstellung führen Kämpfer der 57., 53. und 35. Brigade Arbeiten zur Ausrüstung ihrer Positionen in den Gebieten von Opytnoje, Nowotroizkoje, Starognantowka, Troikoje, Schumy durch. Dabei wurden **in fünf Fällen Sprengeinrichtungen eingesetzt**. Darüber hinaus haben unsere Quellen einen Fall festgestellt, in dem **Zivilisten zwangsweise zur Durchführung von technischen Arbeiten herangezogen** wurden. Eine Einwohnerin von Wolnowacha hat sich an die Hotline des Verteidigungsministeriums der Ukraine mit der Forderung gewandt, Maßnahmen zu ergreifen, damit ihr Mann, der Bürger Wassilij K., den Kämpfer aus dem Bataillon „Ajdar“ gewaltsam festgenommen und auf die Positionen gebracht haben, nach Hause zurückkehrt. Derzeit führt der Bürger Wassilij K. unter Bedrohung von Leben und Gesundheit seiner Verwandten gemeinsam mit anderen Bürgern, die auch von Ajdarern ergriffen wurden, Arbeit in Schützengräben im Gebiet von Starognatowka durch.

Die ukrainische Seite im GZKK, mit der zuvor Regelungen der Zusammenarbeit zur Verhinderung von Provokationen und zur Einrichtung eines nachhaltigen Regimes der Ruhe getroffen worden waren, ist ihrerseits nun auf den Weg der Destabilisierung der Lage gegangen und hat sich vom Kurs einer friedlichen Regelung des Konflikts zurückgezogen. **Seit dem 1. August ignorieren die Vertreter der ukrainischen Seite im GZKK die Anfragen des GZKK der DVR im Rahmen des Koordinationsmechanismus zur Reaktion auf Verletzungen der vereinbarten Zusatzmaßnahmen.**

Gleichzeitig stationieren die Kämpfer in Verletzung des angeblich vom Stab der OOS ausgegeben Befehls über ein Regime der Feuereinstellung weitere Militärtechnik in den vorübergehend von ihnen kontrollierten Ortschaften und deren Umgebung. In den letzten 24 Stunden haben wir acht Stück Technik aus dem Bestand der 35. und 36.

Marineinfanteriebrigade in Kalinowo, Oserjanowka, Lebendinskoje und Pionerskoje festgestellt.

In den Gebieten von Majorsk und Wodjanoje wurde die **Installation von Antipanzermijnen quer über allgemein zugängliche Straßen** durch Einheiten der BFU festgestellt.

Gleichzeitig damit werden weitere Fälle der **Behinderung der Arbeit der OSZE-Mission von Seiten der ukrainischen Formationen** festgestellt. So hat der Gegner zur Verheimlichung von Waffen und Technik eine Station „Bukowel-AD“ einer mobilen Gruppe des 306. Bataillons für elektronische Kriegsführung im Verantwortungsbereich der 53. Brigade in den Gebieten von Nowogrigorowka und Granitnoje eingesetzt. Mehr noch, im Gebiet von Kamenka haben Kämpfer des 2. Bataillons der 54. Brigade offen mit Schusswaffen auf Drohnen der OSZE-Mission geschossen, die zu diesem Zeitpunkt Verstöße von Seiten der Ukraine festhielten.

Die Ausschreitungen von Nationalisten, mit denen Einwohner der Ukraine zu tun haben, dürfen nicht ungestraft erfolgen.

Von unseren Quellen wurde bekannt, dass die Führung der Nationalgarde der Ukraine über einen in den Medien verbreiteten Fall, dass Asower die Freiwillige und Aktivistin aus Mariupol Galina Odnorog in dem Küstenort Ursuf verprügelt haben, beunruhigt ist. Beim Verhör eines der Radikalen, der an den gewaltsamen Aktivitäten beteiligt war, wurde festgestellt, dass möglicherweise eine Freundin der Freiwilligen Odnorog Gesichter von „Asowern“ mit der Videokamera ihrer Mobiltelefons aufgenommen hat. Es ist offensichtlich, dass dieses Video ein Beweisstück und eine Verurteilung für die Reputation der Nationalgarde der Ukraine werden könnte.

Der derzeitige Kommandeur der Nationalgarde Balan hat den Kommandeur des Regimes „Asow“ Prokopenko beauftragt, zu ermitteln und zu verhindern, dass das Video des

Misshandlung von Freiwilligen durch Soldaten der Nationalgarde aus „Asow“ in die Öffentlichkeit gelangt. Derzeit versuchen ukrainische Nationalgardisten mit der Freiwilligen Odnorog und ihrer Freundin Verhandlungen zur Regelung des Konflikts zu führen. Vor dem Hintergrund, dass Dutzende von Soldaten des Sanitätsdienstes der 54. Brigade an COVID-19 erkrankt sind, darunter auch der Leiter des Sanitätsdienstes des Verbandes Roschtschupkin selbst, sowie dessen, dass die Arbeit des militärmedizinischen Hospitals „Tschasow Jar“ eingestellt wurde, wird die Situation bezüglich der Ausbreitung der Coronavirusinfektion in der 54. Brigade noch schwieriger.

Unsere Aufklärung hat Todesfälle von zwei Soldaten der 54. Brigade, des Soldaten P.W. Pupko und des Oberfeldwebels A.S. Samoilenko festgestellt, die sich einen Monat lang in einer speziell zur Quarantäne zwecken isolierten Kaserne im Gebiet von Otscheretino befanden.

Im Zusammenhang mit dem Ausbruch von Infektionskrankheiten und der Zunahme der Zahl von Toten plant der Stab der OOS, eine Kommission des Sanitätsdienstes in den Verantwortungsbereich der 54. Brigade zu schicken. Zur Unterstützung im Kampf gegen den Coronavirus erwägt das ukrainische Kommando die Frage der Hinzuziehung von Virologen aus den USA.

In unsere Hände ist eine **operative Information des Stabs der OOS über neun Soldaten, die eigenmächtig in den letzten 24 Stunden den Truppenteil verlassen haben**, gelangt, die für das Verteidigungsministerium der Ukraine vorgesehen war.

Gemäß der vorliegenden Information ist folgendes bekannt:

der Soldat der 35. Brigade, der Obermatrose R.R. Romanow hat den Ort des Militärdienstes im Gebiet von Werchnetorezkoje mit einer Maschinenpistole AK-74 verlassen;

bei einer außerplanmäßigen Kontrolle der Frontpositionen des 1. Bataillons der 53. Brigade im Gebiet von Mirnoje wurde das Fehlen von drei Soldaten entdeckt: K.Ju. Sejdshanow, W.S. Pukalenko und I.S. Surschaj;

die Soldaten D.D. Anechow, D.D. Schez und S.W. Seroj aus der 79. Brigade sind nicht zu Appell erschienen und sind in unbekannte Richtung geflohen, es laufen operative Fahndungsmaßnahmen;

Leutnant A.N. Sirotnik und Hauptmann W.E. Gawrilow sind nach einem Tag Urlaub nicht zum Dienst erschienen.

Es muss angemerkt werden, dass nach einem Gesetz der obersten Rada Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die eigenmächtig den Dienort verlassen haben, automatisch aus den Listen des Truppenteils ausgeschlossen werden.

de.sputniknews.com: **„Kein Grund für Sanktionen“: Altmaier will Deeskalation um Nord Stream 2**

Im Streit um die Ostsee-Pipeline Nord Stream 2 setzt der deutsche Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier trotz aller Sanktionsdrohungen aus den USA weiter auf Deeskalation und mahnt zur Einhaltung des Völkerrechts.

„Wir hoffen immer noch, dass es nicht zu diesen Sanktionen kommt. Wir sind uns in der Bundesregierung einig, dass wir jederzeit für Gespräche zur Verfügung stehen, um eine Eskalation zu verhindern“, sagte der CDU-Politiker der Deutschen Presse-Agentur.

Tatsache sei, dass ohne deutschen Einsatz der Gastransit von Russland durch die Ukraine nicht auf Jahre hätte gesichert werden können.

„Wir haben hier in diesem Ministerium die entscheidenden Verhandlungen geführt. In Norddeutschland sind wir dabei, Terminals zu bauen, wo dann auch Flüssiggas aus den USA angelandet und in Deutschland verkauft werden kann.“

Vor diesem Hintergrund gebe es keinen Grund für Sanktionen, sagte Altmaier. „Im Übrigen hoffe ich und erwarte ich, dass sich alle Beteiligten auch an die Vorgaben des Völkerrechts halten.“

US-Präsident Donald Trump kritisiert Nord Stream 2 seit Jahren und wirft Deutschland vor, es lasse sich militärisch vor Russland schützen, verschaffe Moskau aber gleichzeitig hohe Einnahmen aus Gasexporten. Kritiker werfen ihm vor, die Pipeline nur verhindern zu wollen, um mehr amerikanisches Flüssiggas in Europa verkaufen zu können. ...

Mil-Inr.info: Erklärung des Vertreters der Volksmiliz der LVR am 3. August 2020

Nach Angaben von Beobachtern der Vertretung der LVR im GZKK wurde **in den letzten 24 Stunden keine Verletzung des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

Die Einheiten der Volksmiliz der LVR erfüllen weiter Aufgaben zur Gewährleistung der Sicherheit der Republik und halten dabei streng die Minsker Vereinbarungen ein. ...

de.sputniknews.com: TikTok-Kauf als Büchse der Pandora: China warnt USA vor Folgen

China hat die USA vor dem Hintergrund der Situation um das Video-Netzwerk TikTok gewarnt. Wie der Sprecher des Außenministeriums in Peking, Wang Wenbin, am Dienstag mitteilte, würden die Vereinigten Staaten die Folgen dann nämlich selbst bereuen. Zuvor hatte US-Präsident Donald Trump gefordert, dass die TikTok-App ihre US-Aktivitäten bis zum 15. September an Microsoft oder jegliches andere US-Unternehmen verkauft. Die vor allem bei jungen Menschen beliebte App werde Trump zufolge am 15. September „aus dem Geschäft gehen“, es sei denn, ein US-Unternehmen kauft es.

„Sollte man dieser falschen Logik der USA folgen, kann jedes Land unter dem Vorwand des Schutzes der nationalen Sicherheit ähnliche Maßnahmen gegen jedes amerikanische Unternehmen ergreifen. Die USA dürfen die Büchse der Pandora nicht öffnen, denn sonst werden sie die bitteren Früchte selbst ernten“, sagte Wang Wenbin auf einer Pressekonferenz am Dienstag.

Er rief Washington auf, der internationalen Gemeinschaft und dem amerikanischen Volk zuzuhören und wirtschaftliche Fragen nicht zu politisieren, sondern den Unternehmen ein offenes, nicht diskriminierendes, freies Investitions- und Geschäftsumfeld zu bieten.

Trump strebt ein Verbot der App TikTok an und rechtfertigt dies damit, dass sie einem chinesischen Unternehmen entspringe, das gesetzlich verpflichtet sei, Benutzerdaten an die chinesischen Behörden zu übermitteln. TikTok kontert, es habe das nie getan und habe auch nicht vor, Benutzerdaten an die chinesischen Behörden weiterzureichen. Microsoft hat am Sonntag nach Konsultationen mit dem US-Staatschef bestätigt, dass es Verhandlungen über den Kauf der App fortsetzen wird.

de.sputniknews.com: Lukaschenko: Unser Planet kann jederzeit „explodieren“

Fünf Tage vor der Präsidentenwahl in Weißrussland hat der langjährige Amtsinhaber Alexander Lukaschenko festgestellt, dass die Welt in einer Krise steckt und die aus dem Kalten Krieg stammenden Instrumente zur Krisenbewältigung nicht mehr funktionieren. Bei der Wahl am Sonntag kämpft Lukaschenko (65) um die sechste Amtszeit.

„Unser Planet rutscht allmählich aber sicher zum Abgrund. Es scheint, dass ein angezündetes Streichholz ausreicht, damit der Planet explodiert“, warnte Lukaschenko am Dienstag in seiner Ansprache zur Lage der Nation.

„Das Schlimmste ist, dass die völkerrechtlichen und multilateralen politischen Regelungsinstrumente, auf die wir im Kalten Krieg so stolz waren, faktisch Anachronismen geworden sind und von keinem mehr beachtet werden“, fuhr der weißrussische Präsident fort. Nach seiner Einschätzung sind die „herrschenden Welteliten“ nicht imstande, ein neues Instrumentarium zu entwickeln. ...



https://cdn1.img.sputniknews.com/img/32470/17/324701779_0:0:2773:1500_1000x0_80_0_1_947efac6a7b23757703852c8b3765979.jpg

de.sputniknews.com: **Dänemark gibt grünes Licht für Fertigstellung von Nord Stream 2**

Dänische Behörden haben keine Berufungen gegen die Entscheidung der Energieagentur DEA erhalten, laut der die Nord Stream 2 AG für die Rohrverlegung Schiffe mit Ankern verwenden darf. Demnach kann der Betreiber die Bauarbeiten schon am heutigen Dienstag wieder aufnehmen.

DEA hat zuvor dem Betreiber der Gasleitung gestattet, dass die Arbeiten am letzten Teilstück der Nord Stream 2 auch Verlegeschiffe mit Ankern durchführen dürfen. Zuvor waren hierfür nur Schiffe mit dynamischer Positionierung zugelassen.

Wie die Behörde erklärte, verläuft das fertigzustellende Teilstück außerhalb der Zone, wo ein Kontakt mit den am Grund der Ostsee vergrabenen C-Waffen möglich wäre. Die Genehmigung gilt jedoch erst nach Ablauf der Berufungsfrist am 3. August. ...

wpered.su: **Beim Forum „Junge Garde“ wurde über die humanitären Aktivitäten von „Nadeshda Donbassa“ berichtet**

Am 3. August berichtete das Mitglied des ZK der KP der DVR, die stellvertretende Vorsitzende der Frauenorganisation „Nadeshda Donbassa“ Nadeshda Retinskaja beim 14. unionsweiten patriotischen Lager und Forum „Junge Garde. Krim. Donuslaw – 2020“ über die humanitären Aktivitäten der Organisation. Dies teilt ein Korrespondent von „Wperjod“ mit.

Nadeshda Retinskaja berichtete über das Arbeitsgebiet der Frauenorganisation im Freiwilligenbereich, in dessen Rahmen verletzten Soldaten, bedürftigen Familien und Waisen Hilfe geleistet wurde, und über vieles andere.

Die humanitäre Hilfe wird von Kommunisten der DVR und anderer Länder, Vertreterinnen der Frauenorganisation und nicht gleichgültigen Bürgern gesammelt. Eine Reihe sozialer Projekte konnten dank der KPRF und des Leiters der Lenin-Sowchose Pawel Grudinin realisiert werden.



http://wpered.su/wp-content/uploads/2020/08/IMG_20200803_162429-768x432.jpg

de.sputniknews.com: **Britische Ausbilder nehmen Trainingskurs für ukrainische Soldaten auf**

Britische Ausbilder haben im Rahmen der Mission „Orbital“ mit dem Training von etwa 150 ukrainischen Militärangehörigen auf einem Gelände in der Region Dnjepropetrowsk begonnen. Das teilte die Pressestelle des ukrainischen Verteidigungsministeriums am Dienstag mit.

„Etwa 150 Militärangehörige aus der ganzen Ukraine haben in der Region Dnjepropetrowsk unter der Leitung britischer Ausbilder einen einmonatigen Einzelkurs im Rahmen der Mission ‚Orbital‘ begonnen“, hieß es.

Die erworbenen Fähigkeiten sollen sie dann in ukrainischen Militäreinheiten als Instruktoren weitergeben.

Nach Angaben des Pressedienstes repräsentieren die Kadetten alle vier Einsatzkommandos der Bodentruppen der ukrainischen Streitkräfte. Nach Abschluss des Trainingskurses erhalten sie Zertifikate und sollen ukrainisches Militärpersonal nach den neuen Standards ausbilden.

abends:

de.sputniknews.com: **Ukraine kündigt „Großverkauf von Gefängnissen“ an**

In der Ukraine beginnt am Donnerstag laut dem Justizministerium des Landes ein „großer Gefängnisverkauf“.

Wie aus einer Mitteilung auf der Webseite des Ministeriums hervorgeht, wird die Besserungsanstalt „Irpinsky“ als erste staatliche Vollzugsanstalt zum Verkauf angeboten werden. Gerade auf ihrem Territorium soll die „Versteigerung“ stattfinden. Zum Verkauf gestellt würden Immobilienobjekte des Gefängnisses.

Die letzten Häftlinge seien bereits im Jahr 2019 in ein anderes Gefängnis überführt worden.

„Während der Veranstaltung wird der Justizminister über Pläne für weitere Verkäufe und Richtungen der Verwendung der aus dem Verkauf der Gefängnisse erhaltenen Mittel informieren“, heißt es.

Zuvor hatte der ukrainische Justizminister, Denys Maljuska, einigen Untersuchungshaftanstalten vorgeschlagen, probeweise Zellen mit verbesserten Bedingungen zur Verfügung zu stellen, die für Geld genutzt werden könnten. Im kommenden Jahr soll entschieden werden, ob diese Möglichkeit auf gesetzgeberischer Ebene verankert werden müsste.

Die Besserungsanstalt „Irpinsky“ befindet sich im Dorf Kozjubynske unweit der ukrainischen Hauptstadt Kiew.

de.sputniknews.com: **Explosion im Hafen von Beirut (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)**

Im Hafen der libanesischen Hauptstadt Beirut ist es am Dienstag zu einer gewaltigen Explosion gekommen. Es soll laut örtlichen Medienberichten Dutzende Verletzte geben. Die Explosion war laut einem Sputnik-Korrespondenten dermaßen heftig, dass die Detonationswelle die Fenster in den nahegelegenen Häusern und Geschäften zum Bersten gebracht hat.

Über der Stadt ist eine große Rauchwolke aufgestiegen. In den sozialen Medien tauchen derzeit zahlreiche Fotos und [Videos von der Explosion](#) auf.

Die Detonation ereignete sich laut der staatlichen Nachrichtenagentur NNA in einem Teil des Hafens, wo in Lagerhäusern Sprengstoff gelagert worden sei.

Es gab zudem bisher unbestätigte Berichte über zwei aufeinanderfolgende Explosionen: Zunächst soll es eine kleinere Detonation gegeben haben, die dann eine größere verursacht habe. ...

Das libanesische Rote Kreuz erklärte, Dutzende Menschen seien verletzt worden. Mehr als 30 Rettungsteams seien Einsatz. Die Hintergründe sind zunächst unklar.

Der libanesische Gesundheitsminister Hamad Hassan sprach seinerseits von einer „sehr hohen Zahl“ der Verletzten.

...

Dem libanesischen Roten Kreuz zufolge sind mehr als 30 Rettungsteams im Einsatz. In den sozialen Medien tauchen derzeit zahlreiche Fotos und Videos von der Explosion auf. Manche Quellen berichten von zwei Explosionen. Die Hintergründe sind zunächst unklar.

...

Mindestens zehn Leichen sind nach der gewaltigen Explosion am Hafen von Beirut am Dienstag geborgen worden. Dies berichtet Reuters unter Berufung auf eine Quelle in Sicherheitskreisen.

Der Gouverneur von Beirut Marwan Abbud sprach von einem „nationalen Desaster“ und verglich die Wucht der Detonation mit den Atomschlägen auf die japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki im Jahr 1945.

Er sagte zudem, dass die Kommunikation mit einer der Feuerwehrbrigaden am Ort der Explosion abgebrochen sei.

„Eine Feuerwehrbrigade aus zehn Personen traf am Ort der Explosion ein. Was geschehen ist, ähnelt sehr dem, was in den japanischen Städten Hiroshima und Nagasaki passierte. Sie sind zum Unfallort gefahren und sind verschwunden“, so Abboud. „Das ist ein nationales Desaster. Wir wissen nicht, wie wir damit umgehen sollen.“

Bei der schweren Explosion seien zudem Hunderte Menschen verletzt worden. Das sagte der Generalsekretär des libanesischen Roten Kreuzes, Georges Kettaneh, der Deutschen Presse-Agentur am Abend.

Israel hat inzwischen die Vorwürfe zurückgewiesen, dass es hinter der heftigen Explosion am Hafen von Beirut stehe. Dies teilte der TV-Sender des israelischen Parlaments am Dienstagabend mit.